

Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz gemeinsam denken

Die Bremer Entwicklungszusammenarbeit hat weltweit einen guten Namen. Von China über Indien, von Kamerun und Namibia bis nach Nicaragua haben sich Bremerinnen und Bremer in vielen Ländern der Welt für Entwicklungspartnerschaften engagiert. Durch geschickten Einsatz seiner begrenzten Ressourcen ist es dem kleinen Bundesland Bremen gelungen, seine historisch gewachsene Weltoffenheit mit nachhaltigen Entwicklungsimpulsen weiter zu entwickeln und somit den aktuellen Erfordernissen gerecht zu werden. Dazu zählen erfolgreiche Initiativen zu internationaler Zusammenarbeit, Anschubfinanzierung EU-geförderter Projekte und Wissenstransfer der Hochschulen und vieler Industrieunternehmen. So wurde z.B. in Namibia durch langjährige Förderung von Anpassungsprozessen traditioneller Rechtsstrukturen an den modernen Verfassungsstaat ein erheblicher Beitrag zur Stabilisierung der demokratischen Gesellschaft geleistet. Auch in Zukunft kann und soll Bremen eine wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen, denn angesichts weltweiter Krisen ist internationale Kooperation zwischen Nord und Süd wichtiger denn je.

Mit dem beschleunigten Klimawandel steht die internationale Gemeinschaft vor gravierenden Herausforderungen, die neue Antworten verlangen. Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer, wie z.B. Bangladesh, Myanmar, Vietnam, die gesamte Sahelzone oder Mexiko. Auch China und viele Staaten der früheren Sowjetunion sind schwer betroffen. Diese Regionen leiden unter Belastungen durch klimabedingte Schäden - ausgelöst durch Stürme, Fluten, Dürreperioden, extreme Temperaturen - und haben darüber hinaus einen hohen Nachholbedarf an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Wetterextreme stellen eine steigende Bedrohung für Wirtschaftsgüter, Ressourcen und Menschenleben dar.

Diese Belastungen, unter denen vor allem ärmere Länder leiden, werden in den kommenden Jahrzehnten noch stärker werden. Durch Dürren, tropische Wirbelstürme und andere Wetterextreme sind nach Schätzungen der UN schon heute mehr als 12 Millionen Menschen in Armut geraten. Mehr als 26 Millionen Menschen mussten infolge des Klimawandels ihre Heimat aufgeben. Die schon nicht mehr zu verhindernden weiteren Folgen des Klimawandels werden diese Zahlen in den nächsten 20 Jahren noch um ein Vielfaches erhöhen. Die beobachteten und verstärkt erwarteten Migrationsbewegungen werden auch Sicherheitsrisiko eingestuft, regional als auch global. (vgl. z.B. Deutscher Bundestag Drucksache 15/2395, Dez. 2004).

Angesichts dieser Entwicklungen wird der Ruf nach Klimagerechtigkeit unüberhörbar. Der Klimawandel trifft die Bevölkerung derjenigen Länder am stärksten, die für seine Ursachen die geringste Verantwortung tragen. Aufgrund der bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts andauernden kolonialen Ausbeutung und der anschließenden rigorosen Unterwerfung unter die den Weltmarkt bestimmenden Interessen ohnehin benachteiligt, wird die Wirtschaft dieser Länder durch den globalen Klimawandel weiter geschwächt. Klimaschutz, Entwicklungspolitik und Ökonomie müssen deshalb Hand in Hand arbeiten. Jetzt kommt es darauf an, eine entschlossene Klimapolitik zu betreiben und zugleich die Entwicklungszusammenarbeit mit betroffenen Regionen zu intensivieren, um negative Folgen des Klimawandels abzufedern und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Spätestens mit der Klimakonferenz in Kopenhagen wurde deutlich, dass die Frage nach der globalen Gerechtigkeit eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen wird. Das Emissionsniveau klimaschädlicher Gase liegt in Deutschland und anderen westlichen Industrienationen deutlich über dem Weltdurchschnitt. Mit weit reichenden Veränderungen in der Infrastruktur, der Energieversorgung, der Energieeffizienz, der Lebensweise der VerbraucherInnen ist es möglich, den Pfad zu verlassen, der uns in die Klimakrise geführt hat. Allerdings besteht die Gefahr, dass viele Menschen am Rande der Gesellschaften - im globalen Norden wie im Süden - von diesen neuen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben. Der zentrale Gedanke der Klimagerechtigkeit ist daher, den Weg in eine Zukunft der erneuerbaren Energien so zu gestalten, dass es auch für diese Menschen möglich sein wird, ihn zu gehen. Hieraus erwächst zweierlei Verantwortung: Zum einen ist es für die Industrieländer geboten, den eigenen Ausstoß nachhaltig zu reduzieren, der derzeit gemessen an der Einwohnerzahl überproportional zur globalen Klimaänderung beiträgt. Daraus ergibt sich zweitens eine umfassende Schutzpflicht dieser Emittentenländer gegenüber den zahlreichen Opfern des Klimawandels. Die Entwicklungsländer fordern zu Recht, dass die Industrieländer sie beim Schutz ihrer Bevölkerung unterstützen. Die Anerkennung dieser Verantwortung muss Leitbild für Entscheidungen über eine zukünftige Klimapolitik werden. Dabei übernimmt die Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige handlungsleitende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und dessen Folgen, auch hier im Bundesland Bremen.

Sowohl auf dem Klimagipfel in Kopenhagen als auch beim Petersberger Dialog Anfang Mai dominierten weiterhin geopolitische Interessen. Gerade Deutschland, auf dessen Klimapolitik viele Länder schauen, muss vor diesem Hintergrund dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit Europas gegenüber den Ländern des Südens zu stärken, indem es die notwendige Transformation der Energiegewinnung, der Verkehrssysteme und des Bauwesens vorantreibt. 2010 stehen wichtige Entscheidungen an: die Verabschiedung eines europäischen Gesetzespakets mit dem Ziel, das Stromnetz in der EU für die Umstellung auf erneuerbare Energien fit zu machen, die Verpflichtung der Union zur Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen um 30 Prozent, eine neue Energiekonzeption in Deutschland, die den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ verhindert, aber zugleich konkret macht, wie bis 2050 weitgehend auf fossile Brennstoffe verzichtet werden kann.

Auch Bremen muss in Sachen Klimaschutz seinen Beitrag leisten und sich der Verantwortung stellen. Daher begrüßen wir die Maßnahmen des Klimaschutz- und Energieaktionsplanes 2020 („KEP 2020“), der das Ziel hat bis zum Jahr 2020 40% CO₂ einzusparen und erneuerbare Energien in diesem Zuge auszubauen. Jetzt gilt es die aufgezeichneten Maßnahmen auch in die Tat umzusetzen. Schwerpunkte des KEP 2020 liegen im Bereich der umweltfreundlichen Mobilität (Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Förderung des Radverkehrs, Ausbau des Carsharings, etc.), der Energiegewinnung (Ausbau der regenerativen Energien), den energetischen Standards im Gebäudebestand oder auch der Effizienzsteigerung in betrieblichen Abläufen. Zudem hat Bremen sich verpflichtet, zukünftig faire, soziale und ökologische sowie klimafreundliche Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung zu berücksichtigen.

Bremen hat mit direkter Unterstützung wie in Nicaragua, Namibia oder Indien sowie mit Nord-Süd-partnerschaftlich orientierten öffentlichkeitswirksamen Signalen wie dem Bremer Solidaritätspreis international hohe Glaubwürdigkeit erlangt. Es kann deshalb zu „Vorreiterkoalitionen“ beitragen, die durch Schneeballeffekte den Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, Maßnahmen zum Schutz des Regenwaldes, zur Verbesserung der Wasserversorgung, gegen die Ausbreitung der Wüsten (Desertifikation) oder Hilfe für von Hunger, Wassermangel, neuen Krankheiten oder Wetterextremen betroffene Regionen, unterstützen. Solche Koalitionen sollten verstärkt mit Ländern gesucht werden, die durch eine zukunftsweisende Klimapolitik auffallen oder überzeugende Konzepte für solche Regionen vorlegen und umsetzen.

Auch regionale Klimapartnerschaften sind geeignet, den internationalen Klimaprozess wiederzubeleben. Es kommt beim Klimaschutz nicht nur auf die Politiker, Konzernmanager und Bankenchefs an. Es gilt auch, die Köpfe der Menschen an der gesellschaftlichen Basis für ein Umdenken zu gewinnen. Das wird aber nur gelingen, wenn die notwendigen Einschränkungen beim Ressourcenverbrauch und beim emissionsintensiven Umgang als gerecht empfunden werden. Die Industriestaaten ebenso wie die neuen globalen Mächte wie China, Indien, Südafrika oder Brasilien müssen Klimaschutz im großen Maßstab leisten. Aber Klimagerechtigkeit hat auch noch ein anderes Gesicht. Die Stimmen besonders Betroffener, wie der kleinen Inselstaaten, denen das Wasser buchstäblich bereits bis zum Hals steht, müssen stärker gehört werden. Bremen kann helfen, diesen Stimmen stärker Gehör zu verleihen. Es erfordert vor allem Partnerschaft mit besonders betroffenen Staaten wie den Malediven, den Sahelstaaten, Schwellenländern wie Indien oder China, mit kompetenten Nichtregierungsorganisationen und engagierten Persönlichkeiten aus dem Süden. Mit Kooperation auf dieser Ebene hat die Bremer Entwicklungszusammenarbeit seit vielen Jahren Erfahrungen gesammelt. Und auf dieser Ebene hat unser Bundesland viel zu bieten: die Präsentation des Bremer Car-Sharing-Modells auf der Weltausstellung in Shanghai, die auf ausdrücklichen Wunsch der chinesischen Veranstalter zustande kam, die themenbezogenen Ausstellungen des Klimahauses in Bremerhaven oder die Beiträge des Zentrums für Umweltforschung und nachhaltige Technologien (UFT) der Universität Bremen auf der deutsch-chinesischen Promenade in Wuhan im Oktober letzten Jahres zum biogenen Erosionsschutz mit Hilfe des ReviTec[®]-Ansatzes sind nur zwei Beispiele aus jüngster Zeit.

Vor diesem Hintergrund gibt sich die Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Leitlinien für eine Politik, die Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit zusammenführt:

- Jedes Land muss seinen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Das gilt auch für Entwicklungs- und Schwellenländer. Allerdings darf das Recht auf Entwicklung unter keinen Umständen aberkannt, eingeschränkt oder an Bedingungen geknüpft werden. Es liegt an den Industrieländern, die Entwicklungsländer in Bezug auf eine weniger klimaschädliche, nachhaltigere Entwicklung zu unterstützen, aber auch aus der partnerschaftlichen Kooperation

wirksame Strategien und Maßnahmen zu entwickeln. Angesprochen sind alle Bereiche der Zivilgesellschaft, wie BürgerInnen, Schulen und Hochschulen, als auch Akteure der Politik, Ökonomie und Legislative.

1. Wir fordern wie der Internationale Währungsfond (IWF) die Einrichtung eines internationalen Klimafonds, der Gelder bereitstellt und den Handel mit Emissionszertifikaten verwaltet und kontrolliert.
Die Gremien zur Entscheidungsfindung müssen sich aus Vertretern aller Nationen zusammensetzen. Minderheiten und zivilgesellschaftlichen Akteure müssen ein Mitspracherecht erhalten. Die Vergabe der Mittel muss sich an den Bedürfnissen der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in den vom Klimawandel betroffenen Regionen orientieren.
Die jährlichen Kosten für diese notwendigen Interventionen müssen unabhängig errechnet und dann anteilig über einen gerechten Schlüssel auf alle Staaten verteilt werden. Wichtig ist, dass dieses Geld unabhängig von anderen Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt wird. Das seit Jahren gemachte Versprechen, für die Entwicklungszusammenarbeit Mittel in Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens bereit zu stellen, muss eingelöst werden.
Der Weg, den die schwarz-gelbe Bundesregierung indes eingeschlagen hat, ist fatal: Die ursprünglich versprochenen 420 Millionen Euro für Klimaschutzanpassungen wurden auf 70 Millionen Euro gekürzt und auch das 0,7 %-Ziel gilt nunmehr lapidar als "unerreichbar". Es ist ein Armutszeugnis schwarz-gelber Politik, dass diese auf der internationalen Bühne mantraartig wiederholten Versprechen endgültig gebrochen wurden.
2. Eine Erweiterung der OECD-Definition von „Official Development Aid“ um die Mischung von öffentlichen und privaten Mitteln sollte geprüft werden. Die bereits existierende Teilhabe des privaten Sektors an Entwicklungszusammenarbeit anzuerkennen würde weitere private Investitionen nach sich ziehen. Derartige Mischfonds konzentrieren sich vor allem auf klimapolitisch relevante Investitionen in Entwicklungsländern. Die angemessene Berücksichtigung von Mischfinanzierungen kann sinnvoll dazu beitragen, die 0,7% Zielmarke zu erreichen.
3. Im Rahmen der Armutsbekämpfung ist es wichtig, weltweit eine gesicherte Energieversorgung zu gewährleisten. Klimarettung darf nicht zu Lasten der Armutsbekämpfung fallen. Um Entwicklungsländern die Wahl zu klimafreundlichen Alternativen zu erleichtern, müssen regenerative Energien im Zweifelsfall subventioniert werden.
4. Durch Auswirkungen des Klimawandels sind viele Millionen Menschen heimatlos geworden und auf der Flucht. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Klimaflüchtlinge rapide ansteigen. Doch bis heute wird nur politisch verfolgten Flüchtlingen Asyl gewährt. Die internationalen Rechtsinstrumente wie die Genfer Flüchtlingskonvention müssen überarbeitet werden, um Flucht aufgrund von umweltbedingter Zerstörung zu berücksichtigen. Gerade die Industrienationen als Hauptverursacher des Klimawandels müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein und auch Menschen eine neue Heimat anbieten, wenn sie aufgrund ökologischer Ursachen zu Flüchtlingen werden.

Bündnis90/Die Grünen in Bremen:

- setzen sich dafür ein, dass diese Leitlinien in der Bremer Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden.
- erwarten, dass Bremen die Ziele der Umweltkonventionen Klima, Boden und Biodiversität (UNFCCC, UNCCD, UNCBD) angemessen berücksichtigt und im politischen Handeln umsetzt.
- treten dafür ein, dass „Klimapartnerschaften“ zwischen Bremen und seinen Partnerstädten in den Entwicklungsländern etabliert werden.
- erwarten, dass ein Konzept entwickelt wird, das prüft, ob ein Technologietransfer hinsichtlich Erneuerbarer Energien zwischen Bremen, regionalen Energieunternehmen aus dem Bereich

der Erneuerbaren Energien und den Partnerstädten möglich ist, z.B. im Rahmen von Studienaufenthalten von Studierenden aus Entwicklungs-, bzw. Schwellenländern.

- fordern, dass Bremen seine im Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 gesetzten Klimaziele von 40% CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2020 umsetzt, um somit seinen Teil zur Klimagerechtigkeit zu leisten.
- machen sich dafür stark, das öffentliche Bewusstsein für das Thema Klimagerechtigkeit, z.B. im Rahmen der Umweltbildung, weiter zu schärfen und auszubauen.